

Elke Winkelmann fürchtet, dass sie ihr Bordell bald schließen muss

Der Beamte Antonio Marino\* steht mit dem Rücken zur Wand. Ein letztes Mal wandert sein Blick über das Publikum, über auffallend viele Männer in Lederjacken und Frauen mit dickem Lidstrich, er fasst sich ein Herz und sagt: »Ich begrüße Sie alle im Namen der Sozialbehörde, Referat Opferschutz.«

»Du Opfer!«, ruft eine Frau mit rauer Kehle in der letzten Reihe, gerade laut genug, um von den Umsitzenden ein paar Lacher zu ernten.

In ihrem Milieu ist »Opfer« ein Schimpfwort für Schwächlinge. Die, zu denen Marino hier spricht, zählen sich ganz sicher nicht dazu.

Der Beamte Marino, schmale Schultern, breites Lächeln, spricht heute zu Rotlicht-Größen: Im Konferenzsaal der Behörde sitzen die Chefs von Großbordellen, freiberufliche Dominas, die Chefin einer Escort-Agentur, etwa 80 Leute. Marino soll ihnen erklären, was das neue Gesetz zur Prostitution für ihre Zukunft bedeutet. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich, alle sollen unbefangene ihre Fragen stellen können. Es sind Fragen wie: »Wenn mich einer dafür bezahlt, dass ich ihn als Sexsklave an einen anderen verkaufe – braucht der dann auch einen Hurenausweis?«

Das Gesetz, um das es geht, ist das Prostituiertenschutzgesetz. Demnach dürfen Bordelle nicht mehr wie bisher als »Zimmervermietung« oder »Wellnessclub« angemeldet werden, sondern heißen ganz offiziell »Prostitutionsstätten«. Ein Bordell betreiben darf nur noch, wer nicht einschlägig vorbestraft ist und Bau- und Arbeitsstandards einhält. Und als Prostituierte darf nur noch arbeiten, wer regelmäßig bei der Behörde zur Gesundheitsberatung erscheint und einen Prostituiertenausweis bei sich trägt, inklusive Passfoto und Anschrift. Der Staat will sich Durchblick verschaffen im bislang undurchsichtigen Milieu. Und er will es Zuhältern schwer machen, die Frauen – oft aus dem Ausland – zur Sexarbeit zwingen und ihnen das Geld abknöpfen.

Über die Regelungen hatten Union und SPD im Bund jahrelang gestritten, das Gesetz war eines der letzten, die im Sommer den alten Bundestag passierten. Jetzt soll alles ganz schnell gehen: Bis zum 31. Dezember muss jede Kommune das Gesetz umsetzen. In ganz Deutschland arbeiten deshalb Beamte wie Marino daran, eine Bürokratie für das Rotlicht aufzubauen – und sie im Milieu zu erklären.

Die Frage ist nur, ob das Gesetz den Frauen (und wenigen Männern), die es schützen soll, nicht eher schaden wird.

Elke Winkelmann geht durch einen schummrigen Flur, vorbei an geöffneten Türen, in denen Frauen in Unterwäsche stehen: »Na, ihr Lieben, alles klar?«, sagt sie. Zum Reden hat Winkelmann das letzte Zimmer auf dem Flur freigehalten, darin zwei Stühle, ein sehr breites Bett, auf dem Nachttisch eine große Packung Kleenex. »Ich bin hier Vermieterin«, sagt Winkelmann. Früher nannte man sie Puffmutter.

Elke Winkelmann, 53, mit einer Lesebrille im vollen Haar, stammt aus einer Kleinstadt im Rheinland. Sie steckte mitten in der Ausbildung zur Erzieherin, als sie sich das erste Mal an den Straßenstrich stellte. »Ich suchte sexuelle Abenteuer. Und für Sex Geld zu bekommen, fand ich großartig.« Sie fand eine Welt, in der sie sich begehrt fühlte, in der sie Sex ausprobieren konnte, wie sie ihn vorher nicht kannte: Sex zu dritt, Rollenspiele. Mitte der neunziger Jahre ging sie nach Berlin und eröffnete im Wedding gemeinsam mit einer Kollegin ihr eigenes Bordell. Sie nannten es Freudenhaus Hase, »weil das nach dem Playboyhäschen klingt, aber auch nach Rammeler.«

Heute hat das Freudenhaus 14 Arbeitszimmer. Winkelmann hat hier keinen Sex mehr, stattdessen vermietet sie Zimmer an Prostituierte. Für 90 Euro am Tag bekommen sie frische Handtücher, Quittungsvorlagen für eine korrekte Steuererklärung und die Sicherheit, dass jemand in der Nähe ist. »Mit wem die Frauen ins Bett gehen und wie viel Geld sie für was verlangen, ist allein ihre Entscheidung«, sagt Winkelmann.

Bei den Behörden firmiert das Freudenhaus Hase als Zimmervermietung. »Die wissen aber genau, was unser Geschäft ist«, sagt Winkelmann. Alle paar Monate kommen Steuerfahnder vorbei, noch nie hätten sie etwas beanstandet. Trotzdem fürchtet Winkelmann, dass sie bald dichtmachen muss.

»Keiner in der Branche kann absehen, was das Gesetz für die Betriebe genau bedeuten wird.« Sie hofft, dass sie im Freudenhaus alle neuen Standards umsetzen können, zum Beispiel Kundentoiletten einbauen, die das Gesetz für Bordelle vorsieht. Für Frauen, die wie einst Winkelmann zu zweit in einer engen Mietwohnung arbeiten, könnte das ein echtes Problem werden. »Manches kleine Bordell wird das nicht überleben«, fürchtet Winkelmann. Dabei könnten Prostituierte in

Wohnungsbordellen häufig selbstbestimmter arbeiten als in großen Clubs.

»Ich finde es im Prinzip gut, unser Gewerbe ordentlich zu regulieren«, sagt Winkelmann, »aber dieses Gesetz schafft für mich nur Kosten und Papierkram. Den Frauen bringt es nichts.« Nach Jahren auf dem Strich weiß Winkelmann um den dreckigen Teil der Branche, die Zuhälter, die Drogen, die Gewalt. Ginge es nach ihr, dann verfolgte der Staat entschlossener die Zuhälter, statt Prostituierte zur Pflicht-Anmeldung zu schicken. Jene Frauen aber, die den Sex aus freien Stücken zu ihrer Arbeit machten, sollten die Behörden helfen, sich zu professionalisieren, mit kostenloser Weiterbildung zu speziellen Sexpraktiken zum Beispiel: »Frauen sind am besten vor Ausbeutung geschützt, wenn sie genau wissen, was sie tun – und wo ihre Grenzen sind.«

Deutschland zählt in Sachen Prostitution zu den liberalsten Staaten Europas. Grundsätzlich ist sie legal, wo genau ein Bordell oder ein Strich entstehen darf, entscheiden die Kommunen. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die diese Regelung im Prostituiertenschutzgesetz von 2002 festschrieb, auch, um es Prostituierten zu ermöglichen, sich regulär krankenzuversichern und Löhne notfalls vor Gericht einklagen zu können. Länder wie Schweden und Frankreich entschieden, die Prostitution ganz zu verbieten. In Grenzregionen ist die Zahl der Bordelle gestiegen, manche Zeitung nannte Deutschland daraufhin das »Bordell Europas«.

Dabei weiß keiner, wie viele Prostituierte es in Deutschland wirklich gibt. Die von Prostitutions-

Deutschland hat die liberalsten Prostitutionsgesetze Europas. Nun will der Staat stärker eingreifen. Im Milieu sind viele verunsichert **VON LEA FREHSE**

#### HINTER DER GESCHICHTE

**Die Leitfrage:** Ein neues Gesetz soll Prostituierte besser schützen. Wie bewerten es jene, die es betrifft?  
**Die Recherche:** Die ersten Frauen, die die Autorin auf dem Straßenstrich in Hamburg ansprach, wollten nicht mit einer Journalistin sprechen. Gloria Nguema aber war neugierig: Zum ersten Mal fragte sie in Deutschland jemand nach ihrer Geschichte. Autorin und Prostituierte trafen sich fünfmal zum Gespräch. Die Bordellbesitzerin Elke Winkelmann war leichter zu erreichen: Sie setzt sich für Transparenz im Sexgeschäft ein und hat ihr Etablissement schon für Kulturveranstaltungen geöffnet.



Foto: Djamilia Grossman für DIE ZEIT

# Sex nach Vorschrift

gegnerinnen wie Alice Schwarzer häufig zitierte Zahl von 400 000 Prostituierten und einer Million Männer, die jeden Tag Sexdienste in Anspruch nehmen, ist kaum belastbar. Seriösere Schätzungen nennen zwischen 60 000 bis 200 000 Frauen, die sich hierzulande prostituieren, manche nur wenige Jahre, manche neben einem festen Beruf, die eine als Escort-Dame für 2000 Euro die Nacht, die andere am Strich für zehn Euro pro Blowjob. Manche Frauen wählen die Prostitution aus freien Stücken. Andere gehen durch die Hölle.

Eine Seitenstraße im Hamburger Bahnhofsviertel, Gloria Nguema\* lehnt an einer Hauswand aus Backsteinen und wartet auf Freier. Alle paar Minuten fährt ein Auto oder Lieferwagen im Schrittempo vorbei, dann spürt Nguema die Blicke der Fahrer ihre Brust abtasten, ihren Hintern. Plötzlich tauchen Polizisten an der Straße auf, Nguema und die anderen Frauen eilen davon – sie stehen hier im Sperrgebiet.

Zum Reden ist Nguema in ein Café in der Nähe gekommen. Wie fast alle Frauen am Strich spricht sie kein Deutsch, nur »Wie viel?« hat sie aufgeschnappt, von den Freiern. Ihre Geschichte erzählt sie auf Spanisch.

Gloria Nguema, 30, geflochtenes Haar, wuchs auf in einem Häuschen mit Wellblechdach in Äquatorialguinea in Westafrika. Ihre Jugend in Armut aber auch Geborgenheit endete, als die Familie ihr kurz vor dem 18. Geburtstag Flugtickets nach Spanien besorgte. Die Tochter sollte ein besseres Leben bekommen – und Geld in die Heimat schicken. Gloria kam bei einer Tante unter, die ihr Papiere

besorgte, und packte in einer Fabrik Nektarinen für den Export. Das Geld, das sie nach Hause schickte, reichte für das Schulgeld ihrer Geschwister, Medikamente. Dann kam die Wirtschaftskrise, Nguema verlor ihren Job. Als eine Bekannte ihr anbot, mit nach Hamburg zu gehen, wo mit Sex gutes Geld zu verdienen sei, sagte sie Ja. Im Sommer 2015 schlief sie mit ihrem ersten Freier.

»Es hat mich angewidert, bis heute widert es mich jedes Mal an«, sagt Nguema. Trotzdem kommt sie alle drei Monate für ein paar Wochen aus Barcelona nach Hamburg. Ihrer Tante in Spanien und der Familie in der Heimat erzählt sie, sie gingen putzen.

Es ist eine gefährliche Arbeit, sie weiß das. Erstens steht Nguema hier in einem Sperrbezirk, auf den zugelassenen Rotlichtmeilen hat eine Neue ohne Deutschkenntnisse keine Chance. Zweitens hat dieser Strich kein Notrufsystem. Erst im August fand die Polizei die Leiche einer ihrer Kolleginnen zerstückelt in der Elbe, Täter unbekannt. »Ich finde nun mal keine andere Arbeit, mit der ich genug Geld verdiene«, sagt Nguema. Sie schätze sich noch glücklich, immerhin nehme ihr kein Zuhälter das Geld ab, so wie sie es bei den Bulgarrinnen beobachtet, die neben ihr an der Straße stehen. Auch bei den Drogen, die viele hier immer stärker an die Prostitution fesseln, sei sie stark geblieben, bisher.

Im ganzen Land säumen Frauen wie Nguema einschlägige Straßenzüge, vor aller Augen und doch unsichtbar. Das neue Gesetz soll sie schützen. Nguema macht es nur Angst. Sie hörte von einer Kollegin, dass sie sich bis Jahresende bei einer Behörde anmelden soll. »Aber niemand kann sagen, ob sie meine Daten weitergeben nach Spanien! Was, wenn meine Familie den Prostituiertenausweis findet?« Sie wird sich nicht anmelden, das hat sie schon beschlossen.

So wie Nguema könnten Tausende Frauen entscheiden, fürchten Beratungsstellen. Ab dem 1. Januar wäre ihre Arbeit ohne Ausweis illegal. Um dann nicht entdeckt zu werden, bliebe nur die Arbeit in der Abgeschiedenheit, an Landstraßen, in Industriegebieten. Dort, wo sich keine Hilfe rufen lässt. »Kaum eine Frau wird sich im Notfall noch an die Polizei wenden, wenn sie fürchtet, dass ihr dort wegen Arbeit ohne Ausweis selbst eine Strafe droht«, sagt Julia Buntenbach-Henke von der Hamburger Fachberatungsstelle Prostitution des Diakonischen Werkes.

Sabine Constabel, eine der prominentesten deutschen Prostitutionsgegnerinnen und Vorstand des Vereins Sisters, der Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution berät, sieht das anders: »Die Illegalität, die haben wir doch längst.« Gerade Migrantinnen schufteten schon jetzt in einer rechtlichen Grauzone, unter dem Radar der Behörden, schwer erreichbar für Helfer. »Das Gesetz wird die, die sich ordentlich anmelden und kontrollieren lassen, von denen trennen, die dreckige Geschäfte machen. Unbequemer wird es vor allem für die, die jetzt von Zwang und Ausbeutung profitieren.«

Es ist die harte Front zwischen Freigabe und Verbot, die in der Debatte um das Prostituiertenschutzgesetz zutage tritt. Prostitutionsgegnerinnen wie Sabine Constabel sehen jede Form von Prostitution als Verletzung der Menschenwürde, sie fordern ein Verbot. Für Befürworterinnen wie Elke Winkelmann im Wedding hingegen kann Sex Arbeit sein, sie wollen die Branche lediglich professionalisieren. Als die Politiker in Berlin das Gesetz erarbeiteten, hörten sie beide Seiten an. Vom Ergebnis aber sind beide Lager enttäuscht: »Wir wurden gehört, aber man hat uns offensichtlich nicht ernst genommen«, sagt Winkelmann.

Wie sich das Gesetz auswirkt, wird auch davon abhängen, ob es den Behörden gelingt, die »Sauberen« im Milieu von den Kriminellen zu trennen. Doch die Beschränkungen für die Anmeldung – ein Bordell führen darf nur noch, wer nicht vorbestraft ist – könnten sich leicht umgehen lassen, indem Strohmänner vorgeschickt werden.

Beim Infoabend in der Behörde ist Antonio Marino bemüht, die Bordellbetreiber nicht vor den Kopf zu stoßen. Mehr als drei Stunden lang erklärt Marino den Anmeldeprozess, notiert Fragen, auf die er selbst erst noch eine Antwort wird finden müssen. »Wir als Behörde wollen keine Konfrontation«, sagt Marino schließlich. »Aber sie müssen zukünftig wohl oder übel Zahlen veröffentlichen, salopp gesagt: die Hosen runterlassen.« – »Na das machen wir ja eh jeden Tag«, kommt es von hinten.

Kurz vor Ende meldet sich noch ein Mann in der ersten Reihe: »Ich finde es schon gut, dass wir heute hier eingeladen sind. Sonst sind die Behörden ja immer auf Krawall aus. Aber wenn sich jetzt Beamte schon die Mühe machen, dann frage ich mich: Sind die gewillt zu lernen? Wir, die wir hier sitzen, kennen das Geschäft seit vielen Jahren. Sie beim Amt sind es, die noch keine Ahnung haben.« Das erste Mal klatschen alle.

\*Namen geändert